



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Pressemitteilung

Pößneck, den 03.10.17

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Bericht der OTZ Saalfeld vom 03.10.17 „Saalfeld-Rudolstadt: ZWA sieht neues Wassergesetz mit Skepsis“ bitten wir um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung.

Leider liegt der Bürgerallianz Thüringen der Entwurf des neuen Thüringer Wassergesetzes, so wie dem ZWA, noch nicht vor. Bis zum Inkrafttreten wäre es wichtig, dass der ZWA sich dem am 30.09.17 beschlossenen Moratorium zum Aussetzen der Sanierungsanordnungen anschließt. Dazu fordern wir die Verbandsversammlung auf, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, auch weil dem ZWA später selbst ein Schaden entstehen kann, wenn man das nicht macht.

Eine weitere Diskussion über Kosten, ABK und technische Lösung muss natürlich auch im Sinne der Gebührenzahler geführt werden. Wir wollen aber erst einmal die Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer im Zweckverband herstellen. Danach muss natürlich und bestimmt auch mit dem ZWA darüber gesprochen werden, welche Rahmenbedingungen durch Bund und Land geändert werden müssen. Daraus müssen dann politische Forderungen formuliert werden. Es haben uns alle fünf Fraktionen im Thüringer Landtag ihre Unterstützung bei diesem Thema zugesagt. Jetzt fordern wir diese Einhaltung auch ein. Ängste gegenüber den Gebührenzahlern zu schüren hilft uns nicht weiter, nach dem Motto "Teile und Herrsche". Es gibt in Deutschland Abwasserverbände, wo diese Problematik nicht existiert. Und es gibt Rechtsprechung, die eine Benachteiligung von kleinen Orten wie Kleingeschwenda und Munschwitz untersagt. Wo der Wille ist, ist auch ein Weg.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender

Allianz will Moratorium zu Sanierungsanordnungen

05. Oktober 2017 / 02:01 Uhr

Muschwitz/Saalfeld. Die „Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben“ fordert den ZWA Saalfeld-Rudolstadt auf, sich dem am 30. September beschlossenen Moratorium zum Aussetzen der Sanierungsanordnungen anzuschließen. Dies soll solange gelten, bis das neue Wassergesetz in Kraft ist.

„Dazu fordern wir die Verbandsversammlung auf, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, auch weil dem ZWA später selbst ein Schaden entstehen kann, wenn man das nicht macht“, so der Landesvorsitzende der Bürgerallianz, Wolfgang Kleindienst, in einer Mitteilung.

Eine weitere Diskussion über Kosten und technische Lösung müsse im Sinne der Gebührenzahler geführt werden. „Wir wollen aber erst einmal die Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer im Zweckverband herstellen. Danach muss natürlich und bestimmt auch mit dem ZWA darüber gesprochen werden, welche Rahmenbedingungen durch Bund und Land geändert werden müssen“, so Kleindienst. Daraus müssten dann politische Forderungen formuliert werden.



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Wolfgang Kleindienst: „Es haben uns alle Fraktionen im Thüringer Landtag ihre Unterstützung zugesagt.“ Es gebe Abwasserverbände, wo diese Problematik nicht existiere. Und es gebe Rechtsprechung, die eine Benachteiligung von kleinen Orten wie Kleingeschwenda und Munschwitz untersage.

OTZ / 05.10.17